

Für einen sozial & ökologisch nachhaltigen Finanzsektor der Europäischen Union

Die GUE/NGL-Fraktion vertritt den Standpunkt, dass jeder Rekapitalisierungsansatz der Banken darauf abzielen muss, eine nachhaltige Verstaatlichung ihres gesunden Vermögens zu erreichen. Ziel muss die umfassende Sozialisierung des Bankensektors und die Schaffung eines Finanzsystems in öffentlichem Eigentum sein. Kredite sind für sozial und ökologisch sinnvolle Investitionen bereitzustellen, mit denen hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden.

Um dies zu erreichen, schlägt die GUE/NGL-Fraktion vor, dass die EU ein „Europäisches Investitionsprogramm für nachhaltige Entwicklung, Beschäftigung und soziale Eingliederung“ in Höhe von mindestens 1 % des BIP der Europäischen Union auflegt, welches durch öffentliche Investitionsprogramme der Mitgliedstaaten ergänzt wird. Ziel eines solchen Programms ist es, die Wirtschaft zu stabilisieren, dem Klimawandel entgegenzuwirken und die Vollbeschäftigung mit qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen und unter Wahrung der sozialen Rechte zu fördern.

GUE/NGL-Mitglieder im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments



S. Wagenknecht



K. Droutsas

Sahra Wagenknecht
(Koordinatorin)
Konstantinos Droutsas

Mitarbeiter:
Andreas Wehr (Kordinator)

Für weitere Informationen steht Ihnen Andreas Wehr gerne zur Verfügung. E-Mail:
andreas.wehr@europarl.europa.eu



GUE/NGL
WWW.GUENGL.EU

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Rue Wiertz 43
1047 Brüssel
Tel: +32 (0)2 284 26 83
Fax: +32 (0)2 284 17 74

Hergestellt von der Abteilung Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit der GUE/NGL-Fraktion:

GUENGL-Communications@europarl.europa.eu
Fotos: Europäisches Parlament, Julia Garlito Y Romo, Europäische Gemeinschaften
Entwurf und Gestaltung: Liz Morrison
Druck: ArtePrint
© GUE/NGL – Brüssel, 2009
Gedruckt auf umweltfreundlichen Papier

Die Finanzkrise: Für eine sozial & ökologisch nachhaltige Lösung



GUE/NGL

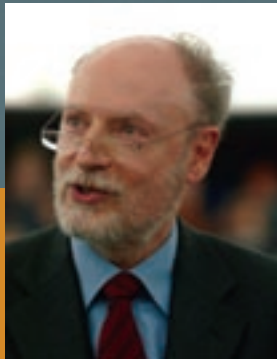
Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion Europäisches Parlament

Die Finanzkrise: für eine sozial & ökologisch nachhaltige Lösung

Die Finanzkrise, ausgelöst durch das Platzen der US-Immobilienblase, hat aufgrund des integrierten jedoch unregulierten Charakters der Finanzmärkte die ganze Welt erfasst.

Die Krise droht auch in den EU-Mitgliedstaaten zu einer lang andauernden Phase wirtschaftlicher Stagnation zu führen.

Die aktuellen Ereignisse widerlegen eindrucksvoll die von führenden Politikern und Unternehmern sowie Mainstream-Volkswirtschaftlern immer wieder vertretene Auffassung, dass „freie Märkte am besten funktionieren“ und dass das ungehinderte Wechselspiel der Marktkräfte eine effiziente und wirksame Verteilung der Ressourcen gewährleistet.



„Das gesamte System muss verändert werden: Geld für Profit und Profit für Geld – diese teuflische Spirale, die zur Entwertung der Arbeit, zu sinkenden Löhnen, zur Kürzung von Sozialausgaben sowie zur Verschwendung der Ressourcen des Planeten und zur Ausgrenzung eines großen Teils der Weltbevölkerung führt.“

Francis Wurtz auf der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments in Straßburg vom 21. Oktober 2008.

Nach Auffassung der Fraktion der **Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke** (GUE/NGL) im Europäischen Parlament müssen als Antwort auf die Krise umgehend folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- ▶ Die Einlagen kleiner und mittlerer Sparer müssen in der gesamten Europäischen Union unter allen Umständen garantiert werden.
 - ▶ Die EU-Mitgliedstaaten müssen zusammenarbeiten und gemeinsame Rettungsmaßnahmen für grenzüberschreitende multinationale Bankenkonzerne ergreifen. Die derzeitige Politik, die Lasten möglichst auf die Nachbarstaaten abzuwälzen, muss ein Ende haben.
 - ▶ Der Finanzsektor muss wieder auf seine ursprüngliche, der Allgemeinheit dienende Funktion verpflichtet werden. Niedrigere Umsatzzahlen müssen akzeptiert und Prämiensysteme so ausgestaltet werden, dass sie auf Risikovermeidung und langfristige Zielvorgaben statt auf kurzfristige Gewinne ausgerichtet sind.
 - ▶ Es müssen staatliche Maßnahmen zur Rekapitalisierung der Banken ergriffen werden. Regierungen müssen Eigentumsrechte an Finanzinstitute erwerben und nicht faule Kredite. Nur so kann verhindert werden, dass die Öffentlichkeit für die Verluste der Spekulanten aufkommt. Die Kontrolle des gesamten Finanzsektors ist zu verschärfen.
 - ▶ Entscheidungen über die Kreditpolitik des Bankensektors müssen demokratisch unter öffentlicher Kontrolle und bei Beteiligung der Beschäftigten sowie der Verbraucher getroffen werden.
-
- ▶ Die Finanzmärkte müssen strenger reguliert werden, um Systemrisiken zu vermeiden, die durch neue und riskante Finanzprodukte verursacht werden. Solche Produkte sind entweder zu verbieten, oder ihr Handel ist streng zu begrenzen. Für alle Finanzinstitute müssen strikte Beschränkungen für ihre Verschuldung gelten.
 - ▶ Die Vorschriften für Rating-Agenturen müssen verschärft und auf europäischer Ebene überwacht werden. Es ist eine öffentliche europäische Kreditrating-Agentur einzurichten, um so zu gewährleisten, dass das Kreditrating nicht von den Interessen der Finanzinstitute bestimmt wird.
 - ▶ Rentenfonds und insbesondere Betriebsrentenfonds darf es nicht gestattet werden, in Finanzprodukte wie Hedgefonds und Private Equity zu investieren, da diese systemische Risiken bergen. Ein Ausfall derartiger Fonds darf sich nicht negativ auf die Rentenansprüche auswirken.
 - ▶ Steueroasen müssen beseitigt werden, und die EU muss das Problem der Offshore-Finanzplätze angehen.
 - ▶ Es müssen endlich Steuern auf den Devisenhandel (Tobin Tax) und Börsenumsätze sowie Over-the-Counter-Geschäfte eingeführt werden, wie es die GUE/NGL-Fraktion seit 1999 fordert.